

Bekanntmachung

Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung	Landkreis Oberhavel
Kontaktstelle	Dez. VI - Finanzen und IT, Zentrale Vergabestelle
Postanschrift	Adolf-Dechert-Str. 1
Ort	16515 Oranienburg
Telefon	+49 3301601-3500
Fax	+49 3301601-80610
E-Mail	vergabestelle@oberhavel.de
URL	https://www.oberhavel.de
UST.-ID	DE138707096

Zuschlag erteilende Stelle

[die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle](#)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YB5HZ4S>

Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YB5HZ4S/documents>

Art und Umfang der Leistung

Abonnementverlängerung für 330 bestehende Lizenzen sowie der zeitgleiche Erwerb von 10 zusätzlichen Lizenzen (Veeam Universal License).

Weitere Details siehe Vergabeunterlagen (insbesondere Leistungsverzeichnis/Preisblatt).

Haupterfüllungsort

Bezeichnung	Landkreis Oberhavel
Postanschrift	Adolf-Dechert-Str. 1
Ort	16515 Oranienburg

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Lieferung: Anfang November 2026

Laufzeit bzw. Dauer

Beginn	01.12.2026
Ende	30.11.2029

Zuschlagskriterien

[Niedrigster Preis](#)

Nebenangebote

[Nebenangebote werden nicht zugelassen.](#)

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Mittels Formular 4.0 "Eigenerklärung zur Eignung" der Vergabeunterlagen:

- Erklärung, dass die Befähigung zur Berufsausübung vorliegt

(Bei Bietergemeinschaften ist dieser Nachweis von jedem Mitglied zu erbringen.)

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister vorzulegen oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachzuweisen.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mittels Formular 4.0 "Eigenerklärung zur Eignung" der Vergabeunterlagen:

1. Angaben zum Gesamtnettoumsatz des Unternehmens in den letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahren

(Bei einer Bietergemeinschaft sind diese Angaben/Erklärungen von den Mitgliedern insgesamt zu erbringen.)

2. Erklärung, dass über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Betriebshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung eines Versicherungsunternehmens aus einem Mitgliedsstaat der EU besteht.

(Bei Bietergemeinschaften ist dieser Nachweis von jedem Mitglied zu erbringen.)

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Angaben Nachweise vorzulegen.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Mittels Formular 4.0 "Eigenerklärung zur Eignung" werden folgende Angaben gefordert:

1. Angabe zu vergleichbaren Leistungen (Referenzen):

Erklärung, dass mindestens zwei (2) mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbare Referenzen, die in den letzten drei Jahren und spätestens bis zum Tag der Angebotsöffnung abgeschlossen worden sind, ausgeführt wurden.

Auf gesondertes Verlangen sind mindestens zwei (2) Referenzen mit folgenden Angaben vorzulegen: Auftraggeber inklusive Ansprechpartner und Telefonnummer oder E-Mail sowie Ausführungszeiträume, Bezeichnung des Leistungsumfangs und Angabe der Auftragswerte.

(Bei einer Bietergemeinschaft/Eignungsleihe durch Dritte/Einsatz Unterauftragnehmer sind die Referenzangaben insgesamt zu erbringen.)

2. Erklärung, dass für die Ausführung der Leistungen die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

(Bei einer Bietergemeinschaft/Eignungsleihe durch Dritte/Einsatz Unterauftragnehmer sind die Referenzangaben insgesamt zu erbringen.)

3. Erklärung zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft.

(Bei Bietergemeinschaften sind diese Erklärungen von jedem Mitglied zu erbringen.)

Mittels Formular 4.1 "Eigenerklärung Ausschlussgründe" der Vergabeunterlagen:

- Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren, Liquidation und schweren Verfehlungen

- Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

- Erklärung zu § 123 Abs. 1 GWB

- Erklärung zu § 124 Abs. 1 GWB

(Bei Bietergemeinschaften sind diese Erklärungen von jedem Mitglied zu erbringen.)

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Angaben Nachweise vorzulegen.

Sonstige

Die Angebotsabgabe ist durch Einzelbieter oder Bietergemeinschaften zulässig.

Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:

Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,

Ö030.26: Veeam Lizenzverlängerung (Abonnement)

VO: UVgO

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Wesentliche Zahlungsbedingungen

siehe Vergabeunterlagen sowie § 17 VOL/B

Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

-keine-

Schlusstermin für den Eingang der Angebote

19.08.2026 um 08:00 Uhr

Bindefrist des Angebots

18.09.2026

Zusätzliche Angaben

1. Bieterfragen:

Fragen sind bis spätestens zum 12.08.2026 zu stellen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei nicht rechtzeitig eingegangenen Fragen eine Beantwortung ggf. nicht mehr erfolgen kann.

2. Das Brandenburgische Vergabegesetz (BbgVergG) findet Anwendung:

Den bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten wird für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrags mindestens das nach § 6 Abs. 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes geltende Bruttoentgelt gerechnet auf die Arbeitsstunde bezahlt. Das Mindestentgelt entspricht dabei dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde, ohne Sonderzahlungen, Zulagen oder Zuschläge. Das gilt nicht, wenn für die zu beschaffenden Leistungen bereits durch das Mindestlohngesetz, aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder durch andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte im Sinne des § 2 Absatz 6 des Brandenburgischen Vergabegesetzes ein Mindestentgelt definiert ist, welches das Mindestarbeitsentgelt gemäß § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes erreicht oder übersteigt.

Das derzeit gültige Mindestentgelt nach § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes beträgt 13,00 Euro brutto. Der nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) ab dem 1. Januar 2026 gültige Bundes-Mindestlohn beträgt 13,90 Euro brutto.

3. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot weder beigelegt noch darf sich darauf bezogen werden. Der Einbezug von eigenen AGB des Bieters führt zum Angebotsausschluss.

Bekanntmachungs-ID: CXP9YB5HZ4S